

Der Rat beschließt, die Beschlussfassung über den Gemeindeslogan in die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses zu verweisen. Dabei soll dem Ausschuss neben den vorhandenen Vorschlag auch der Vorschlag unterbreitet werden, in Zusammenhang mit dem 50jährigen Bestehen der Gemeinde einen Wettbewerb hierzu durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja
00 Nein
00 Enthaltungen

Zur Errichtung eines Ordnungsaußendienstes beschließt der Rat auf Empfehlung des Personalausschusses zum Stellenplan wie folgt:

- Auf Empfehlung des Personalausschusses beschließt der Rat die Einrichtung von 1,5 Stellen zur Sicherstellung eines Ordnungsaußendienstes in der Gemeinde Swisttal für den Stellenplan 2019 ff.
- Auf Empfehlung des Personalausschusses beschließt der Rat eine Vollzeitstelle der Vergütungsgruppe 9 a TVöD auszuschreiben. Zur Sicherstellung der Doppelbestreifung ist ein Pool (450,-- € Kräfte/Sicherheitsdienst) zu bilden.
- Die in den Stellenbeschreibungen dargestellten Tätigkeitsmerkmale sind dahingehend zu ergänzen, dass jede Tätigkeit auch administrativ auszuüben ist und eine Koordination des Ordnungsaußendienstes erfolgt.
- Nach Ablauf eines Jahres ist eine Evaluation vorzunehmen. Dem Personalausschuss ist nach Ablauf eines halben Jahres ein Zwischenbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja
00 Nein
00 Enthaltungen

Der Rat beschließt, die Erhöhung der Haushaltsmittel für den Rhein-Voreifel-Tourismus Verein in Höhe von 5.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu versehen. Weiterhin ist der Beschluss des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses, einen Verteilungsschlüssel nach Einwohnerwerten zu erreichen, weiter zu verfolgen.

Bürgermeisterin Kalkbrenner teilt mit, dass in der Lenkungsgruppe der linksrheinischen Kommunen zur interkommunalen Zusammenarbeit, der Beschluss des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses vorgebracht wurde, der allerdings von den übrigen Kommunen mehrheitlich abgelehnt wurde. Die Angelegenheit wird in der Mitgliederversammlung des RVT weiter verfolgt.

Weiterhin beschließt der Rat bei der Sanierung der Breite Straße die Erhöhung in 2019 = 11.000 Euro sowie in 2020 = 45.000 einzustellen. Die SPD-Fraktion beantragt zudem die Höhe der beantragten Fördermittel zu veranschlagen.

Bürgermeisterin Kalkbrenner verweist auf die in der Vorlage gemachten Ausführungen, wonach der durch die Gemeinde u finanzierende Anteil nach der Förderrichtlinie kommunaler Straßenbau grundsätzlich förderfähig ist. Ein entsprechender Einplanungsantrag wurde seitens

der Verwaltung im September 2018 an die Bezirksregierung Köln gerichtet. Da über den Förderantrag erst im weiteren Verfahren entschieden wird und der Fördersatz der Höhe nach ebenfalls nicht bekannt ist, wurden im Haushaltsansatz noch keine Fördermittel berücksichtigt.

Auf Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses beschließt der Rat die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 mit den entsprechenden Anlagen unter Berücksichtigung der vom Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss sowie der zuvor beschlossenen Änderungen einschließlich der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zu erlassen.